

Inhalt

Abhandlungen

Michel Dormal

Zur Welt kommen.

Politische Theorie mit Maurice Merleau-Ponty 151

Pablo Hubacher Haerle / Martin Beckstein

Das Paradox der Toleranz zwischen politischer Theorie und zivilgesellschaftlicher Praxis. Soll man PopulistInnen zu Podiumsdiskussionen einladen?

169

Jürgen Sirsch

Wie viel Wohlfahrtsstaat braucht das bedingungslose Grundeinkommen?

Eine idealtheoretische Analyse der politischen Stabilität umverteiler

Institutionen 193

Joshua Folkerts

Zur Theorie der Deutungsmacht.

Eine ideengeschichtliche Erkundung in klassischen und modernen Machttheorien 211

Johannes Kögel

Für einen anti-integratorischen Imperativ 233

Gespräch

Helmut König / Hubertus Buchstein

Das Werk von Otto Kirchheimer und seine Gegenwartsbedeutung.

Ein Interview mit Hubertus Buchstein zum Stand der Kirchheimer-Edition 255

Rezension*Benjamin Schmid*

Die Renaissance der Mauern 271

Nachruf*Dennis Bastian Rudolf*

Nachruf auf Yves Bizeul 279

Berichtigung 284

Zur Welt kommen

Politische Theorie mit Maurice Merleau-Ponty

*Michel Dormal**

Schlüsselwörter: Phänomenologie, Leib, Welt, Resonanz, Sartre, Arendt

Abstract: Der Phänomenologe Maurice Merleau-Ponty war ein hochpolitischer Autor, der in der Politischen Theorie heute aber wenig präsent ist. Der Beitrag will zeigen, dass er gleichwohl fruchtbare Anregungen für gegenwärtige Debatten liefern kann. Dazu wird erstens sein Leib- und Weltbegriff auf die Problematik eines gefährdeten Wirklichkeitssinns bezogen. Zweitens wird gezeigt, dass Merleau-Pontys Denken den Dualismus von Identität und Differenz unterläuft und sich einem resonanzorientierten Politikverständnis annähert. Drittens ist seine zugleich narrative und transformative Konzeption des Verhältnisses von Freiheit und Geschichte geeignet, einen Kontrapunkt zu einseitig anfangs- und ereignisorientierten Auffassungen von Freiheit zu setzen. Neben Claude Lefort und Jean-Paul Sartre wird Merleau-Ponty dabei insbesondere auch mit Hannah Arendt ins Gespräch gebracht.

Abstract: Philosopher Maurice Merleau-Ponty was a highly political author. However, he is widely ignored in contemporary debates. It is argued that Political Theory can draw valuable insights from his work. His theory of perception and world can help us understand the ways in which the ‘sensus communis’ establishes a shared political reality as well as the dangers it encounters. His notion of a relational political interworld provides an alternative to theories that operate primarily in terms of identity and difference. Finally, his concept of history and freedom offers a way to think political action not as a radical event, but as embedded in a narrative which it transforms at the same time. Throughout the article, Merleau-Ponty is contrasted not only with Claude Lefort (his student) and Jean-Paul Sartre (his friend), but also with Hannah Arendt.

Der früh verstorbene französische Phänomenologe Maurice Merleau-Ponty (1908-1961) ist in der deutschsprachigen Politischen Theorie wenig bekannt.¹ Wohl weiß man, dass er der Lehrer Claude Leforts war. Dessen vielzitiertes Aufsatz zur „Frage der Demokratie“ schließt mit einem kryptischen Verweis auf Merleau-Ponty (vgl. Lefort 1990: 297). In der Literatur finden sich entsprechende kurze Erwähnungen. Merleau-Ponty habe die spezifische „Fragehaltung“ geprägt, die Lefort dann auf die Demokratie übertragen habe (Flü-

* Michel Dormal, RWTH Aachen
Kontakt: michel.dormal@ipw.rwth-aachen.de

1 Auf Französisch und Englisch liegen immerhin zwei Buchpublikationen vor, die ihn als politischen Theoretiker lesen (Revault d’Allonnes 2001; Coole 2013). Die politischen Kontexte betont auf Deutsch auch die philosophische Monographie von Faust (2007).

gel-Martinsen 2015: 112). Lefort sei „von Merleau-Pontys philosophischer Praxis beeindruckt“ gewesen (Marchart 2010: 122). Das ist sicherlich richtig. Doch erfährt man damit noch wenig über Merleau-Ponty selbst. Es gibt Autorinnen, die die These vertreten, Lefort habe Merleau-Ponty sogar irreführend rezipiert (vgl. Mazzocchi 2013; Gerçek 2017). Darauf wird zurückzukommen sein. Jedenfalls gibt es für die Politische Theorie hier nach wie vor einen eigenständigen Denker zu entdecken.

Merleau-Ponty war ein hochpolitischer Autor (vgl. Goyard-Fabre 1980). In den Jahren nach dem Krieg fühlte er sich dem Marxismus verbunden, gründete in Paris zusammen mit Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir die Zeitschrift *Les Temps Modernes* und verfasste dort etliche Kommentare zum Zeitgeschehen. Eine systematische politische Philosophie hat er nicht vorgelegt. Mit *Humanismus und Terror* und *Die Abenteuer der Dialektik* hat er aber zwei politische Streitschriften in Buchlänge verfasst – ersteres eine Verteidigung und letzteres eine ernüchterte Kritik des Kommunismus (Merleau-Ponty 1976 und 2008). Doch die in diesen Schriften behandelten Fragen, die vor allem das Verhältnis linker Intellektueller zur Sowjetunion bzw. zur Kommunistischen Partei betrafen und dann auch zum Bruch mit Sartre führten, wirken heute sperrig. Die philosophischen Schriften, die von der Wahrnehmung, dem Leib oder der Malerei handeln, lassen dagegen auf den ersten Blick keine politische Relevanz vermuten. Zumal in Deutschland, wo die Phänomenologie als wenig politisch galt, glaubte man daher lange, Merleau-Ponty der Kognitionsphilosophie oder der Ästhetik überlassen zu können (vgl. Schnell 2000: 65).

Im Folgenden möchte ich zeigen, dass eine Auseinandersetzung mit Merleau-Ponty auch heute fruchtbare Anregungen für die Politische Theorie liefern kann. Dieses Potenzial sehe ich im Leib- und Weltbegriff (1.), in einem Politikverständnis, das den Dualismus von Identität und Differenz hinter sich lassen will (2.) sowie in einer narrativen, transformativen Konzeption des Verhältnisses von Freiheit und Geschichte (3.). Neben Lefort wird Merleau-Ponty dazu insbesondere auch mit Hannah Arendt ins Gespräch gebracht. Eine systematische Rekonstruktion, die dem Autor und seinem Werk in Gänze gerecht würde, kann hier nicht geleistet werden. Es muss bei selektiven Deutungen und Aktualisierungen bleiben. Das heißt auch, am Ende *mit* Merleau-Ponty Gedanken zu finden, die so nicht die seinen waren. Doch was könnte besser zu einem Autor passen, der den Denkprozess selbst als Verflechtung schildert: „In der Erfahrung des Dialogs konstituiert sich zwischen mir und dem Anderen ein gemeinsamer Boden, mein Denken und seines bilden ein einziges Geflecht [...]. Im gegenwärtigen Dialog werde ich von mir selbst befreit“ (Merleau-Ponty 2010: 406).

1. Grundlegungen: Leib, Welt und Wirklichkeit

1.1 Die leibliche Wahrnehmung

Ausgangspunkt von Merleau-Pontys Denken ist die leibliche Wahrnehmung. Direkt nach dem Krieg erscheint sein Hauptwerk, die *Phänomenologie der Wahrnehmung* (Merleau-Ponty 2010). Ein Vortrag, den er 1946 vor der Französischen Gesellschaft für Philosophie hält, trägt den Titel „Das Primat der Wahrnehmung“, was ihm in der Diskussion den Vorwurf einbringt, „den gewöhnlichen Sinn dessen um[zukehren], was wir Philosophie nennen“ (Merleau-Ponty 2016: 55). In der Tat liegt hier eine Verkehrung vor. Sein Den-

Das Paradox der Toleranz zwischen politischer Theorie und zivilgesellschaftlicher Praxis

Soll man PopulistInnen zu Podiumsdiskussionen einladen?

*Pablo Hubacher Haerle / Martin Beckstein**

Schlüsselwörter: AfD, Populismus, Demokratie, Podiumsdiskussionen, Toleranzparadox

Abstract: Wie soll die Zivilgesellschaft mit radikalen Akteuren wie PopulistInnen umgehen? Gilt es, den Dialog mit ihnen zu suchen oder zu vermeiden? Sollte man ihnen zuhören, sie sprechen lassen und argumentativ zu entlarven versuchen oder ihnen kein Forum bieten und so den Zugang zum gesellschaftlichen Diskurs erschweren? Der vorliegende Beitrag will diese Fragen nicht einer normativ fundierten Beantwortung zuführen, sondern analysiert und systematisiert im öffentlichen Diskurs bereits kursierende Antworten. Konkret liegt der Fokus auf Stellungnahmen, die anlässlich der Einladung der AfD-PolitikerInnen Alice Weidel und Marc Jongen an die Oxford Union (2018) bzw. an das Zürcher Theater Gessnerallee und das Hannah Arendt Center in New York (beide 2017) vorgebracht wurden. Es erweist sich, dass die Kontroversen einerseits auf demokratietheoretische Grundsatzfragen zurückfielen und andererseits den konkreten Kontextbedingungen der jeweiligen Veranstaltung zu wenig Bedeutung schenkten.

Abstract: How should civil society deal with radical actors such as populists? Should democrats engage in an open dialogue or avoid confrontation? Should they listen to them, let them speak and try to expose them argumentatively, or should they deny them any kind of public platform? Rather than providing a normative answer to these questions, this article analyzes and systematizes responses that are already circulating in public discourse. In particular, we focus on reactions to the invitations of the AfD politicians Alice Weidel and Marc Jongen to the Oxford Union (2018), the Zurich Theater Gessnerallee as well as the Hannah Arendt Center in New York (both 2017). We will show that the debates gave excessive weight to fundamental questions of democratic theory while marginalizing the specific context factors of the events. Because of this, the populists eventually gained the moral victory.

Rechtspopulistische Bewegungen konnten in den vergangenen Jahren beachtliche Wahl- und Agendasettingerfolge in europäischen Staaten feiern. Die Forschungsliteratur insbesondere zur Konzeptualisierung des Phänomens und regionalen Besonderheiten expandiert dementsprechend.¹ Der Frage jedoch, wie mit PopulistInnen konkret umzugehen ist, wurde bislang nicht systematisch nachgegangen. Dabei spaltet sie die Wissenschaftsge-

* Pablo Hubacher Haerle, Universität Zürich / ETH Zürich
Kontakt: pablo.hubacher@icloud.com
Martin Beckstein, Universität Zürich
Kontakt: martin.beckstein@philos.uzh.ch

1 Vgl. u. a. Hildebrand 2017; Januschek / Reisigl 2014; Schemer et al. 2018; Schroeder et al. 2017.

meinde ebenso wie die breitere Öffentlichkeit. Selbstverständlich stellt sich die Frage nach dem Umgang mit PopulistInnen nur mit Nachdruck, wenn man im Populismus eine systemkritische und gefährliche Kraft sieht. Auf Populismusverharmlosende muss die Frage hysterisch, auf Populismusaffine wie eine Zumutung wirken. Aber ein Großteil der akademischen und zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit scheint in PopulistInnen eben genau solche *radikalen* politischen Akteure zu sehen. Diese Einschätzung wird genährt durch die zwei wohl am breitesten rezipierten Studien zum Thema (Mudde / Kaltwasser 2017; Müller 2017). PopulistInnen mögen sich diesem Verständnis folgend zwar aktuell weitgehend an die prozeduralen Spielregeln der jeweiligen politischen Ordnung halten, sie streben jedoch eine grundlegende Veränderung des Status quo an. Konkret sprächen sie dem reinen BürgerInnenwillen den einzigen politischen Legitimationsanspruch zu. Instanzen wie VolksvertreterInnen, Verfassungsgerichte oder Medien, die zwischen diesem (wie auch immer konkret konzipierten) BürgerInnenwillen einerseits und der staatlichen Politik andererseits korrigierend, einschränkend oder filternd vermitteln, würden dementsprechend als korrumpierende Elemente wahrgenommen. Ideologisch stünden PopulistInnen damit in einer Opposition zur liberalen repräsentativen Demokratie (vgl. Mudde / Kaltwasser 2017: 6), wenn nicht gar zur Demokratie in jeglicher Ausformung. Denn Jan-Werner Müller (vgl. 2017: 24; auch Rosanvallon 2017) zufolge konzipieren PopulistInnen den BürgerInnenwillen moralisch anstatt empirisch, weswegen er letztlich gar nicht in der Form direktdemokratischer Prozeduren identifiziert, sondern von oben herab durch eine(n) „Volksversther(In)“ akklamiert werden müsse. Gleichwohl lässt sich jedenfalls im Falle der parteipolitischen Repräsentanz des Rechtspopulismus in Deutschland, der Alternative für Deutschland (AfD), nicht bestreiten, dass sie ihre Positionen häufig über den Rekurs auf demokratische, liberale und sogar pluralistische Werte zu stützen versucht. Beispielsweise wird muslimischen MigrantInnengruppen die Integrationsfähigkeit in Abrede gestellt, weil sie die Gleichstellung von Mann und Frau oder Homosexualität nicht akzeptieren würden. Im Rawlsschen Sinne könnte man im deutschen Rechtspopulismus deshalb am treffendsten einen Fall von „schattierter Unvernunft“ sehen (vgl. Badano und Nuti 2018: 147; Albertazzi und McDonnel 2008: 4). Denn obgleich seine VertreterInnen im *vernünftigen Pluralismus* nicht die Lösung für das *Faktum des Pluralismus* zu sehen scheinen, begründen sie ihre Positionen trotzdem nach den Maßstäben des öffentlichen Vernunftgebrauchs.

Der so verstandene Populismus konfrontiert VerteidigerInnen des liberal-demokratischen Status quo mit dem Toleranzparadox (vgl. Popper 2011: 723): Auf der einen Seite wirft das Ende der Weimarer Republik noch immer einen Schatten auf die politische Praxis und nährt die Sorge, dass die Toleranz freiheitlicher Ordnungen zum Steigbügelhalter für eine Herrschaft der Intoleranz werden könnte. Auf der anderen Seite droht sich eine freiheitliche Ordnung selbst abzuschaffen, wenn sie zu intolerant gegenüber der Intoleranz wird. Es ist diese Gratwanderung zwischen der performativen Einlösung pluralistischer Grundwerte und der stabilitätspolitischen Gewährleistung der pluralistischen Ordnung, um die sich die Diskussionen über den richtigen Umgang mit PopulistInnen letztlich drehen.

Die Frage nach dem Umgang mit RechtspopulistInnen stellt sich jedoch auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Kontexten. Ob Parteiverbotsverfahren oder rechtliche Einschränkungen der Meinungsäußerungsfreiheit gegen PopulistInnen möglich oder politisch anzustreben sind, ist eine Frage. Wie der Umgang mit PopulistInnen im alltäglichen Kontext einer politisch engagierten Zivilgesellschaft zu bewältigen ist, eine an-

Wie viel Wohlfahrtsstaat braucht das bedingungslose Grundeinkommen?

Eine idealtheoretische Analyse der politischen Stabilität umverteilender Institutionen

Jürgen Sirsch*

Schlüsselwörter: bedingungsloses Grundeinkommen, soziale Ungleichheit, politische Stabilität, soziale Gerechtigkeit, ideale Theorie, wohlfahrtsstaatliche Politik

Abstract: Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wird häufig als geeignetes Mittel zur Bekämpfung von sozio-ökonomischer Ungleichheit angesehen. Viele Befürworter*innen weisen auf die Verbindung von Gerechtigkeit mit Effizienz hin, welche das BGE potentiell zu einem effektiven Umverteilungsinstrument macht. Nicht nur deshalb wird das BGE aus der Perspektive verschiedener egalitärer Theorien als Teil einer idealen Gesellschaft angesehen. Dabei werden jedoch meist nur die unmittelbaren Verteilungswirkungen der Einführung eines BGEs berücksichtigt. Aus egalitärer Perspektive sind jedoch auch die langfristigen Verteilungswirkungen von Institutionendesigns relevant. Es fehlt insbesondere eine Auseinandersetzung mit den langfristigen politischen Effekten des BGEs: Hier stellt sich besonders die Frage, ob ein BGE langfristig politisch stabil ist. In diesem Beitrag werden durch Rückgriff auf Mechanismen des ‚Policy-Feedback‘ Hypothesen bezüglich der langfristigen politischen Unterstützung unterschiedlicher Varianten eines BGEs herausgearbeitet. Als Nebeneffekt leistet der Artikel auch einen Beitrag zur Methodologiedebatte in der Politischen Theorie, indem die Fruchtbarkeit idealtheoretischer Ansätze für praktische Fragen demonstriert wird.

Abstract: Often, an unconditional basic income (UBI) is seen as a means for reducing economic inequality. For many of its proponents, UBI is both just and efficient, which potentially makes it an effective means of redistribution. Among other reasons, this has led egalitarian theorists to view UBI as part of an egalitarian ideal society. However, this assessment mostly includes only immediate distributive implications of an implementation of UBI. From the perspective of egalitarian ideal theory, however, long-term distributive implications of institutional designs are relevant as well. Especially, with respect to UBI, a proper investigation of its long-term political effects is lacking: Therefore, we need to investigate the long-term political stability of UBI. In this paper, I derive hypotheses regarding long-term political support for different variants of UBI by employing mechanisms of ‘policy feedback’. In addition, the article contributes to broader methodological debates within political theory by showing that ideal-theoretical approaches can be fruitful for practical questions.

Seit Jahren nehmen in vielen industrialisierten Demokratien die ökonomische Ungleichheit und die Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu (vgl. Piketty 2014).¹ Die wachsende

* Jürgen Sirsch, Universität Bamberg
Kontakt: juergen.sirsch@uni-bamberg.de

1 Ich danke Doris Unger, den anonymen Gutachter*innen der ZPTh, Frauke Höntzsch, sowie den Organisator*innen und Teilnehmer*innen des Panels „Sozio-ökonomische Ungleichheit und Demokratie: Realisierbare, effektive und stabile redistributive Institutionen zum Schutz demokratischer Gleichheit?“ (27. Kongress der DVPW) für hilfreiche Anregungen und Kommentare.

Ungleichheit ist nicht nur aus der Perspektive vieler Theorien sozialer Gerechtigkeit ein Problem, sie scheint auch die Unzufriedenheit mit der Demokratie zu erhöhen und politische Partizipation, insbesondere von denjenigen mit geringen ökonomischen Ressourcen, zu verringern (vgl. Jörke 2013: 486; Solt 2008). Gleichzeitig nimmt die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als probates Mittel zur Bekämpfung von Ungleichheit (etwa mit Experimenten in Finnland und Kanada) an Fahrt auf (vgl. De Wispelaere 2015: 29–30). Dem BGE wird nachgesagt, „Gerechtigkeit mit Effizienz“² (Van Parijs 1990) zu vereinbaren, weshalb es eine zunächst vielversprechende Antwort auf die steigende Ungleichheit darstellt. Es ist definiert als „an income paid by a political community to all its members on an individual basis, without means test or work requirement“ (Van Parijs 2004: 8). In der Politischen Theorie und Philosophie wird das BGE vor allem im Rahmen egalitärer Theorien wie dem egalitären Liberalismus und dem Neorepublikanismus (vgl. Birnbaum 2010; Sirsch / Unger 2019; Pettit 2007) sowie dem analytischen Marxismus (vgl. Van der Veen / Van Parijs 1987; Wright 2015) als ernsthafte Reformoption diskutiert. Um zu klären, ob das BGE eine adäquate egalitäre Reformoption wäre, müsste jedoch auch untersucht werden, ob es Teil eines langfristigen egalitären Ideals wäre. Beispielsweise könnte sich herausstellen, dass ein BGE mit anderen Aspekten einer idealen egalitären Gesellschaft inkompatibel ist, was zumindest eine Erwägung wäre, die gegen die Einführung eines BGEs sprechen würde. Deshalb wird das BGE in diesem Artikel als Teil unterschiedlicher idealer Wohlfahrtsregime untersucht.

Aus der Perspektive idealer Theorie müssen nicht nur die unmittelbaren Verteilungswirkungen eines BGEs berücksichtigt werden: es muss auch gesichert sein, dass die Einführung eines BGEs nachhaltig ist. Um dies zu gewährleisten, muss die langfristige Anreizwirkung von Institutionen geprüft und berücksichtigt werden (vgl. Rawls 1999: 49). Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob das BGE nicht langfristig die Basis seiner Finanzierung unterminiert, weil zu viele Menschen entscheiden, keiner Steuereinnahmen generierenden Tätigkeit mehr nachzugehen (vgl. Bergmann 2004: 109). Im Gegensatz zu dieser Frage hat die Untersuchung der politischen Stabilität eines BGEs jedoch eine deutlich geringere Aufmerksamkeit erfahren.³ Wenn wir nach der politischen Stabilität eines Institutionendesigns fragen, dann wollen wir herausfinden, ob spezifische institutionelle Designvorschläge ihre eigene politische Unterstützung bzw. die Unterstützung für die ihnen zugrundeliegenden politischen Ziele generieren oder diese untergraben. Um die politische Stabilität von Institutionendesigns zu untersuchen, müssen deshalb die kausalen Effekte der Einführung von Institutionen auf die politische Unterstützung für diese Institutionen und auf die Unterstützung der Ziele, zu deren Zweck die Institutionen eingeführt wurden, herangezogen werden.

Der vorliegende Artikel untersucht daher die politische Stabilität der Umverteilungswirkungen eines BGEs. Dabei soll auch ein Beitrag zur Methodologiedebatte in der Politischen Theorie geleistet werden: Raymond Geuss (2011) argumentiert, dass ideale Theorie Machtverhältnisse ausblendet und zu deren Legitimation beiträgt. Idealthoretische Ansätze blenden Machtverhältnisse jedoch nur auf eine unproblematische Art und Weise aus: Ungerechten Machtverhältnissen wird nur die moralische Legitimität, jedoch nicht ihre politische Relevanz abgesprochen (vgl. Sirsch 2012).

2 Oder besser Gleichheit mit Effizienz, wenn man, wie Rawls (1999), Effizienz als einen Aspekt von Gerechtigkeit ansieht.

3 Für Ausnahmen vgl. De Wispelaere (2015); De Wispelaere / Morales (2016).

Zur Theorie der Deutungsmacht

Eine ideengeschichtliche Erkundung in klassischen und modernen
Machttheorien

*Joshua Folkerts**

Schlüsselwörter: Deutungsmacht, Deutung, Überzeugungssystem, belief system, Macht

Abstract: Das Konzept der Deutungsmacht ist in jüngerer Zeit auch ins Interesse der Politikwissenschaft, Philosophie und Religionswissenschaft gerückt. Dieser Artikel soll einen Beitrag zur Formulierung einer Theorie der Deutungsmacht leisten, indem klassische und moderne Machttheorien auf ihre deutungsmächtigen Aspekte hin untersucht werden. Deutungen nehmen eine gewichtige Rolle in der menschlichen Wahrnehmung von Realität ein, weil sie sowohl epistemisch den Blick auf bestimmte Aspekte lenken als auch normative Kriterien bereitstellen, die bestimmte Handlungsoptionen überhaupt erst denkbar erscheinen lassen. Dadurch üben sie Macht aus. Sie beeinflussen wesentlich Überzeugungssysteme wie Ideologien, Religionen oder Mythen, die selbst wiederum Deutungen produzieren. Zudem werden Deutungen von Machtstrukturen getragen. Machtstrukturen sind dabei stets das Ergebnis vergangener Deutungsmachtkonflikte und stellen daher eine Sedimentierung oder Kristallisation siegreicher, zur Orthodoxie aufgestiegener Deutungen dar. Diese gewinnen somit als unhintergebar wahrgenommene und damit invisibilisierte Bedingungen oder aber Hemmnisse menschlichen Handelns eine gewisse Unabhängigkeit von ihrem Entstehungskontext.

Abstract: Recently, the concept of power of interpretation (*Deutungsmacht*) attracted the interest of political science, philosophy and religious studies. This article aims to contribute to the formulation towards a theory of power of interpretation by examining classical and modern theories of power in terms of their interpretative aspects. Interpretations (*Deutungen*) play an important role in the human perception of reality because they direct the epistemic focus towards specific aspects as well as provide normative criteria that make certain options for action conceivable in the first place. As a result they exercise power. They exert a substantial influence on belief systems such as ideologies, religions or myths, which themselves produce interpretations. Furthermore, interpretations are supported by power structures. These power structures are always the result of past conflicts over interpretive power and therefore represent a sedimentation or crystallization of victorious interpretations that rose to orthodoxy. They thus gain a certain independence from their context of origin as an irreducibly perceived and therefore invisibilized enabler or inhibitor of human action.

* Joshua Folkerts, Universität Rostock
Kontakt: joshua.folkerts@uni-rostock.de

„Power over matter – external reality, as you would call it – is not important. [...] We control matter because we control the mind. Reality is inside the skull.“

George Orwell: 1984 (Orwell 1954 [1949]: 210)

Bei der Amtseinführung Donald J. Trumps als 45. Präsidenten der USA am 20. Januar 2017 versammelte sich vor dem Kapitol in Washington D.C. eine Menschenmenge.¹ Sie sei, so Sean Spicer, der Pressesprecher des neugewählten Präsidenten, die größte jemals bei einer Amtseinführung festgestellte gewesen.² Auf Hinweise, dass diese Einschätzung inkorrekt sei, reagierte Trumps Beraterin Kellyanne Conway mit der Bemerkung, es handle sich um ‚alternative Fakten‘.³ Das Interessante an der sich hieraus entwickelnden Debatte war dabei nicht so sehr die Frage nach der faktischen Korrektheit oder Inkorrektheit der Zahl der versammelten Menschen. Vielmehr ist auffällig, wie schnell ein Wettkampf um die zutreffende Deutung der Ereignisse entstand. Die Beteiligten versuchten jeweils, ihre Sichtweise zu plausibilisieren. So behauptete etwa Spicer, dass die erhöhten Sicherheitsvorkehrungen zu einer geringeren Anzahl an Menschen geführt hätten. Zudem ließen die angeblich neu eingerichteten weißen Flächen vor dem Kapitol die Menschenmenge auf Fotografien kleiner erscheinen. Die *New York Times* zog daraufhin mit Keith Still einen Professor der *crowd science* hinzu, der eine wissenschaftliche Einschätzung der Lage liefern sollte (vgl. Wallace / Yourish / Griggs 2017). Spicer verteidigte seine ursprüngliche Aussage in einer späteren Äußerung, indem er ihren Bezug veränderte und darauf hinwies, auch die nicht physisch anwesenden Mitglieder der Menschenmenge, etwa jene vor dem Fernseher, seien gemeint gewesen (vgl. Lemon 2018). Ebenso vertrat Conway die Ansicht, die Internetseiten zum Faktencheck seien voreingenommen (vgl. May 2018). Die Bürger*innen hätten demgegenüber jedoch ihre eigenen Fakten und Vorstellungen davon, was relevant sei. In der Tat zeigt eine Studie, dass Trump-Unterstützer*innen stärker dazu tendieren, die Menschenmenge bei dessen Amtseinführung für größer als jene des vorherigen Präsidenten Obamas zu halten (vgl. Schaffner / Luks 2018: 139 ff.).

Das Beispiel macht auf einen wesentlichen menschlichen Umstand aufmerksam. Alle Menschen nehmen die Realität auf subjektive Weise wahr. Von den Bedingungen dieser Wahrnehmung hängt unsere Vorstellung von Wirklichkeit ab. Dabei genügt es nicht, schlicht die vorhandenen Fakten zu betrachten. Entscheidend für die Wahrnehmung sind die Deutungen der Realität, welche bestimmte Aspekte überhaupt erst sichtbar oder im Gegenteil unsichtbar machen und damit ebenso den Korridor an perzipierten Handlungsoptionen vorgeben. Auf einen nicht wahrgenommenen Aspekt kann nicht reagiert werden und eine außerhalb des Raums der für möglich gehaltenen Handlungen liegende Aktion kann nicht willentlich ausgeführt werden. Dieses Beispiel macht zudem deutlich, inwieweit zunächst einfach überprüfbar scheinende Sachverhalte durch einen Konflikt unterschiedlicher Deutungen rasch an Ambiguität gewinnen können. Dies geschieht bei-

-
- 1 Mein Dank gilt Sarah Schulz und Tim Bauerschmidt sowie zwei anonymen Gutachter*innen für hilfreiche Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge zum Artikel.
 - 2 Die *New York Times* berichtet, dass Trump und Spicer gegenüber der tatsächlichen Größe von bis zu 600.000 Personen (vgl. Qiu 2017) die deutlich höhere Zahl 1,5 Millionen angaben (vgl. Hirschfeld / Rosenberg 2017).
 - 3 So Conway in einem Interview mit dem Fernsehsender *NBC* unter Verweis auf die grundsätzliche Schwierigkeit der akkuraten Quantifizierung großer Menschenmengen (vgl. Jaffe 2017).

Für einen anti-integratorischen Imperativ

*Johannes Kögel**

Schlüsselwörter: Migration, Integration, Dichotomisierung, Othering, Integrationsimperativ

Abstract: Integration ist ein Allgemeinplatz geworden. Er funktioniert als Erwartungshaltung gegenüber Migrant*innen. Begriffsanalytisch betrachtet impliziert Integration Annahmen, die in ihrer Anwendung auf die heutige Gesellschaft zu Paradoxien führen. Dies sind zum einen die Annahme einer homogenen Zielentität von Integration und zum anderen die Annahme der impliziten Asymmetrie. Versuche, diese Annahmen zu umgehen, führen zu Theoriekonstrukten, die die Bedeutung und das Verständnis von und über Integration in Zweifel ziehen. Dabei scheint es bereits dem Begriff „Integration“ inhärent zu sein, von einer zugrundeliegenden Dichotomie auszugehen. Diese Dichotomie besteht zwischen einer migrantischen und nicht integrierten bzw. sich zu integrierenden Gruppe und einer non-migrantischen bzw. integrierten Gruppe. Der integratorische Sprachgebrauch transportiert dabei normative Inhalte, da die integrierte Gesellschaft als die Norm betrachtet wird, von der andere abfallen, und dient in der Praxis der „natio-ethno-kulturellen“ Grenzziehung. Integration hilft uns dabei, zwischen einem „Wir“ und den „Anderen“ zu unterscheiden. Als ethische Konsequenz, so wird argumentiert, sollte auf die Verwendung von Integration als einem wissenschaftlich-analytischen Begriff verzichtet werden. Stattdessen ist Integration als ein identitätspolitisch aufgeladener Kampfbegriff zu verstehen, dessen Überwindung als normativ geboten erachtet wird.

Abstract: Integration has become a commonplace which serves us to manage expectations towards migrants. Analysing the construct of integration reveals two presumptions, the presumption of a homogenous entity of integration and the presumption of an implicit asymmetry. Applied to modern society both presumptions lead to paradoxes. Attempts to circumvent one or both of these presumptions seem to question the very concept of integration. It appears like the concept “integration” itself inherently transports a dichotomy, which is the differentiation between the migrant or the integrating person and the non-migrant or the integrated one. The semantics of integration carries normative assumptions and practically perpetuates a natio-ethno-cultural border regime. Integration is meant to distinguish the “We” from “the Other”. As an ethical consequence, I shall argue, integration needs to be abandoned as a scientific analytical category. Integration needs to be understood as an (identity) politically laden concept and it is an ethical imperative to overcome this very concept.

Integration ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Das gilt zumindest in einer Hinsicht, nämlich der, dass Migrationsbewegungen unter dem Begriff der Integration verhandelt werden. Integration steht nicht zur Debatte, sondern die Umstände, in welchem Maße Integration erwartet, gefördert oder sogar erzwungen werden soll. Der Begriff der Integra-

* Johannes Kögel, Ludwig-Maximilians-Universität München
Kontakt: johannes.koegel@med.uni-muenchen.de

tion selbst wird jedoch – zumindest im öffentlichen Diskurs – kaum hinterfragt. Dabei ist inhaltlich gar nicht klar, wovon die Rede ist. In Politik und Wissenschaft kursieren, falls überhaupt inhaltlich näher bestimmt, vielfältige und unterschiedliche Integrationsverständnisse und -modelle.

Dies kompliziert auch die Lage, will man die ethischen Implikationen von Integration prüfen. Stellt man die Frage nach einer Ethik der Integration, dann könnte man dies, meiner Ansicht nach, auch so formulieren: Welche Verhaltensweisen sind akzeptabel und welche geboten, wenn es um das Ankommen von Menschen an einem neuen Ort geht? Gemeint ist dabei gemeinhin stets der Fall von Migrant*innen, ohne dass dies weiter ausgewiesen wird. Ein Ostfrieser, der nach Niederbayern zieht, oder eine Breisgauerin, die es nach Vorpommern verschlägt, sehen sich – unabhängig von den eigenen persönlichen Erfahrungen – nicht mit denselben strukturellen Problemen der Integration konfrontiert. Dies ist nicht die Art der Integration, die eine Nation beschäftigt. Gemeint ist hier immer die Integration von Migrant*innen, also von Angehörigen anderer Staaten.

Im Folgenden soll es um diesen Begriff der Integration gehen, auch wenn sich manches auf Integration in einem weiteren Sinne beziehen lassen könnte. In der Geschichte der Sozialtheorie verweist Integration schließlich immer auf die Gesamtgesellschaft (vgl. Lockwood 1964; Holzner 1967).¹ Im Rahmen dieses Artikels orientiere ich mich an dem Trend des öffentlichen Diskurses, welcher Integration auf die Migrationsthematik beschränkt: „Integration und Migration sind Vokabeln, die im öffentlichen Diskurs zusammengehören“ (Mecheril 2011: 49).²

Es geht also um Verhaltensweisen, welche akzeptabel oder geboten sind, wenn es um das Ankommen von Migrant*innen an einem neuen Ort geht. In der Philosophie wird Migration bisher vor allem unter Bezugnahme auf das moralische oder etwaige Menschenrecht zur Migration verhandelt. Dementsprechend stehen sich Befürworter (vgl. Carens 1987, 2013; Abizadeh 2008; Oberman 2011) und Gegner (vgl. Miller 2007, 2014; Huntington 2004) von offenen Staatsgrenzen gegenüber (vgl. auch Fine / Ypi 2016; Mendoza 2017; Dietrich 2017). Integration ist in der philosophischen Debatte bisher eine Randerscheinung und wird stattdessen innerhalb der Sozialwissenschaften vertieft behandelt. Daher soll diese Literatur im Folgenden vermehrt miteinbezogen werden. Die Vermutung, die sich bei der Lektüre dieser Literatur ergibt, ist, dass nichts der Integration mehr zuwiderläuft als eben die „Integration“. Dem möchte ich in diesem Artikel nachgehen.

In den folgenden Ausführungen werde ich ein klassisches Konzept von Integration formulieren und begriffsanalytisch die Essenz dieses Konzepts darlegen. Dieses Konzept soll als Ausgangspunkt der weiteren Betrachtungen fungieren. Die ethischen Implikationen der Modifizierungen und Abweichungen dieses Konzepts sollen davon ausgehend

1 Auch in klassischen soziologischen Theorien spielt Integration eine Rolle, zum Beispiel als Funktion innerhalb des AGIL-Schemas von Talcott Parsons (1951), welche durch Normen und Werte gewährleistet wird, als Gefüge einer symbolischen Sinnwelt zusammengesetzt aus Institutionen bei Peter Berger und Thomas Luckmann (1977), als Verzahnung von Funktionssystemen bei Niklas Luhmann (1998) etc.

2 Auffällig ist dabei, dass gesellschaftliche Integration in Bezug auf verschiedene soziale Kategorien mit unterschiedlichen Vokabeln verhandelt wird. Im Fall von Personen mit Lernschwächen redet man mittlerweile von Inklusion, in Bezug auf die soziale Herkunft benutzt man die Begriffe Exklusion/Prekarisierung und Chancengleichheit, von Sexismus und Gleichberechtigung ist die Rede mit Verweis auf das Geschlecht usw.

Das Werk von Otto Kirchheimer und seine Gegenwartsbedeutung

Ein Interview mit Hubertus Buchstein zum Stand der Kirchheimer-Edition

*Helmut König / Hubertus Buchstein**

(Notiz der Herausgeber:) Hubertus Buchstein ist der Herausgeber der beim Nomos-Verlag erscheinenden „Gesammelten Schriften“ von Otto Kirchheimer in sechs Bänden, von welchen bislang bereit fünf vorgelegt wurden. Zusammen mit den umfangreichen Bandeinleitungen wird dies nicht nur der Kirchheimer-Forschung einen erheblichen Schub verleihen, sondern u.a. auch der Forschung zum politischen Denken der Weimarer Republik und zur Parteienforschung. Helmut König führte hierzu mit Hubertus Buchstein im Theorieblog ein Gespräch, das die Zeitschrift für Politische Theorie hier abdruckt.

I. Die Kirchheimer Edition

1. Der Stand der Dinge

Welche Bände sind bislang erschienen? Wie weit ist die Arbeit an den noch ausstehenden und angekündigten Bänden und wann werden sie erscheinen?

Die Arbeit an der Kirchheimer-Edition hat 2014 begonnen und wird seit 2015 von der DFG gefördert. Mittlerweile sind 4 Bände erschienen: 2017 konnte der erste Band mit Kirchheimers Arbeiten zu Recht und Politik in der Weimarer Republik vorgelegt werden. Ein Jahr später erschien der zweite Band mit seinen wichtigsten Schriften aus der Zeit seines Pariser und New Yorker Exils zu den Themen Faschismus, Demokratie und Kapitalismus. 2019 schließlich kamen die Bände drei und vier mit den kriminologischen Arbeiten und Kirchheimers Schriften zur Politischen Justiz heraus. Mittlerweile ist auch der fünfte Band mit den Spätschriften zu den Wandlungen der politischen Systeme in Nachkriegseuropa soweit fertig gestellt, dass er im Frühjahr 2020 erscheinen kann. Lediglich Band sechs mit den Studien, die Kirchheimer zwischen 1944 und 1954 als Mitarbeiter des amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) und State Department angefertigt hat, steht dann noch aus. Dieser Band wird wohl erst Ende 2020 oder 2021 erscheinen.

* Helmut König, RWTH Aachen
Kontakt: koenig@ipw-aachen.de
Hubertus Buchstein, Universität Greifswald
Kontakt: buchstei@uni-greifswald.de

Warum ‚Gesammelte Schriften‘ und keine ‚Kritische Gesamtausgabe‘? Warum keine hybride Edition, also ein Print-Ausgabe und Ergänzungen etc. in digitaler Form?

Bei allem Respekt gegenüber dem Werk von Otto Kirchheimer habe ich mich im Vorfeld der Editionsarbeit ganz bewusst dafür entschieden, diesbezüglich die Synagoge im Dorf zu lassen. Kirchheimer ist von seiner Bedeutung kein Hegel oder Kant und auch kein Max Weber oder Karl Marx; ich halte es auch für wenig wahrscheinlich, dass ihn zukünftige Rezipienten in den Rang der Liga dieser paradigmatischen Denker einreihen werden. Eher würde ich ihm eine ähnliche wirkungsgeschichtliche Bedeutung zumessen wie Hermann Heller oder Ernst Fraenkel.

Von daher hätte das Ansinnen einer ‚Kritischen Gesamtausgabe‘ mit ihrer Vollständigkeitsanforderung und der Notwendigkeit, alle aufgefundenen Textvarianten aufzunehmen, einen dem Autor und den Lesern gegenüber unangemessenen Aufwand bedeutet. Hinzu kommt, dass die Überlieferungslage vieler Texte von Kirchheimer aufgrund seines von Flucht und Emigration geprägten Lebensweges außerordentlich schwierig ist und in vielen Fällen lediglich die gedruckten Fassungen vorliegen.

Allerdings haben wir uns im Team der Projektbeteiligten früh darauf verständigt, den in den Einzelbänden abgedruckten Beiträgen Kirchheimers eine längere Einleitung voranzustellen, die auch die Funktion von Editionsberichten und kritischen Kommentierungen der Einzelbeiträge übernimmt.

2. Die Herausgeber und die Bedingungen

Du bist der Gesamtherausgeber der Kirchheimer-Edition. Wer ist beteiligt? Wie ist die Finanzierung? Wie lang war der Vorlauf?

Die erste Idee zu dieser Edition entstand 2013 während meines Jahres am Berliner Wissenschaftskolleg. Mehrfach hatte ich hier mit anderen Fellows über Theorien des Verhältnisses von Politik und Recht in Deutschland diskutiert und in diesem Zusammenhang immer wieder auf Kirchheimer als Kontrapunkt zu Carl Schmitt, der den internationalen Fellows weitaus bekannter war, verwiesen. Aus den Nachfragen und dem Interesse an Kirchheimer schälte sich nach und nach die Idee heraus, dessen Gesamtwerk für Interessierte leichter zugänglich zu machen. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich noch gar nicht, welche weiteren Funde ich bei den Recherchen noch machen würde.

Mit Nomos ließ sich dann schnell ein Verlag finden, der Interesse an einer solchen Ausgabe hatte. So entstand schließlich ein Antrag bei der DFG auf Förderung der Arbeiten an der Edition mit 1,5 Mitarbeiterstellen. Nach der Bewilligung konnten wir hier in Greifswald im Sommer 2015 mit den Arbeiten beginnen. Bezüglich der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Projekt hatte ich großes Glück – mit dabei sind (bzw. waren) Lisa Klingsporn, Henning Hochstein, Moritz Langfeldt und Merete Peetz; alle vier haben sich so intensiv und gut in die Edition eingearbeitet, dass sie zu Co-Herausgebern verschiedener Einzelbände wurden. Des Weiteren sind bei der Herausgabe von Band vier Christiane Wilke (Ottawa) und von Band sechs Frank Schale (Chemnitz) als externe Experten beteiligt.